

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen bis 3 gelappten Kolonnen-Zeilen 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionskassa: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 8002.

Es geht vorwärts!

In den letzten Wochen wurden einige tausend neue Mitglieder für den Verband gewonnen. Die kommenden Wochen müssen und werden weitere und größere Erfolge bringen, wenn die Werbetätigkeit nicht nachläßt.

Partei und Gewerkschaften.

In Deutschland belieben die Feinde der freien Gewerkschaften, hauptsächlich die Ultramontanen, von ihnen als sozialdemokratischen Verbänden zu reden. Mit dieser Firmierung will man die katholischen Arbeiter, die Zentrumsanhänger sind, von den freien Gewerkschaften fernhalten: die Arbeiterschaft soll zersplittert werden! Wollte man mit dem Worte von den sozialdemokratischen Gewerkschaften nur andeuten, daß viele Gewerkschaftsführer gleichzeitig auch hervorragende Tätigkeit in der Partei ausüben und umgekehrt, dann hätte die Phrase nicht mehr Wert wie andre Phrasen auch! Aber man mißte dann auch die christlichen Gewerkschaften als ultramontane Organisationen bezeichnen, denn ganz unbestreitbar, und sogar unbestritten, sind viele christliche Gewerkschaftsführer gleichzeitig auch Zentrumsführer und nicht minder auch ultramontane Abgeordnete! Sie machen zudem gar keinen Hehl daraus, daß sie ein Auflösungsdekret des Papstes in bezug auf die christlichen Gewerkschaften ohne weiteres zur Ausführung bringen würden. Daraus folgt zwingend, daß die christlichen Gewerkschaften durchaus keine selbständigen Gebilde sind, sondern dem Machtwillen und Gebote Außenstehender unterliegen.

Das letztere — ein Abhängigkeitsverhältnis — suchen nun die Ultramontanen mit dem Begriffe „sozialdemokratische Gewerkschaften“ auszudrücken. Sie bringen damit die freien Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratie und unterstellen, die Gewerkschaften müßten aus Parteiinteresse auf die Wahrnehmung von Arbeiterrechten verzichten!

Das Organ des mit Schanzmachershilfe noch einmal in den Reichstag geschlüpfen Herrn Siesberts, die „Westfälische Arbeiterzeitung“, prägte zur Augenverblüdung der betrogenen Arbeiter den Ausdruck „Parteienechte“ und legte diese liebliche Bezeichnung den freien Gewerkschaften bei. In Wahrheit paßt er wie gegossen auf die christlichen „unabhängigen“ Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften dürfen ihn sich mit wohlbegründetem Rechte verbitten.

Die Ultramontanen können den freien Gewerkschaften nicht eine von ihnen aufgestellte Arbeiterforderung nachweisen, die nicht gleichzeitig auch mit aller Energie bis zu ihrer vollständigen Erledigung von der Sozialdemokratie vertreten worden wäre. Ueberhaupt unterstützt diese alle berechtigten Arbeiterforderung, möge sie nun von den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen, von christlichen Gewerkschaften, oder irgendeiner freien Organisation erhoben werden! Und noch nie brauchte sich eine Gewerkschaft aus Parteirücksichten von dem Wege abdrängen lassen, den ihr das Arbeiterinteresse vorgezeichnet! Die freien Gewerkschaften erfahren sogar die weitgehendste Unterstützung durch die Sozialdemokratie! Durch Parteitagbeschlüsse ist jeder Parteiangehörige gezwungen, wenn eben möglich, seiner zugehörigen Gewerkschaft als Mitglied beizutreten. Nur derjenige kann eine parteiamtliche Stellung bekleiden, der gewerkschaftlich organisiert ist! Kann die Sozialdemokratie eindringlicher beweisen, wie sehr ihr das Wohl der Gewerkschaften am Herzen liegt? Wer angesichts dieser Tatsachen noch behauptet, die freien Gewerkschaften seien Abhängige, Hörige der Sozialdemokratie, der ist entweder ein Dickhäuter oder ein bewußter Lügner!

Aber die Sozialdemokratie zeigt sich noch auf eine andre, fruchtbarere Weise den Gewerkschaften dienstbeflissen. Sie unterstützt jede von ihnen erhobene sozialpolitische Forderung, vertritt ihre wirtschaftlichen Ansprüche als ihre eigenen, setzt sich nachdrücklich für jede Gewerkschaftsaktion ein, die auf die Besserung der Lebenslage ihrer Angehörigen hinzielt, soweit eine solche in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu erreichen ist! Die Sozialdemokratie tut das nicht in dem Bewußtsein, fruchtlose Arbeit für ihre eigenen Interessen zu verrichten. Die Erfahrung hat es gelehrt und es ist ja auch, rein menschlich betrachtet, ganz selbstverständlich, daß gerade die am besten gestellten Arbeiter die treuesten Anhänger der Sozialdemokratie, ihre begeistertsten Propheten sind. Sie können, da sie des Glanzes Druck nicht ganz so wichtig zu spüren bekommen, wie ihre übrigen Klassengenossen, die in langer, schlecht entlohnter Arbeit dahingevegetieren, da sie leichter beweglichen Geistes sind, die Ziele der Sozialdemokratie, ihren Ideengehalt, besser überschauen und beurteilen, und werden so ihre Bundesgenossen auf Leben und Tod. Andererseits ist ebenjogut bekannt, daß die rückständigsten Arbeiter meistens das Schöbnerheer, die Stimmgarbe der bürgerlichen Parteien sind! Und deshalb wächst mit den Gewerkschaften gleichzeitig auch die Sozialdemokratie! Sie wäre ja eine politische Selbstmörderin, wenn sie die Macht der freien Gewerkschaften zu brechen, zu schwächen versuchte! Das Interesse jedes Arbeiters, der Mitglied der Gewerkschaften ist, und das Parteiinteresse sind Zwillinge und gehören zusammen, sind an einem Stamm gewachsen, dessen Wurzel der Trieb ist nach Befreiung vom Joch des Kapitalismus!

Hieraus erklärt sich auch die Wut unsrer Gegner. Sie wissen ganz genau, was gespielt wird, sie sehen unbestreitbare Tatsachen vor sich und diese zeigen ihnen, wie sehr verschieden die Interessen der Arbeiter von denen der bürgerlichen Parteien sind. Die Partei

und Wasser sind sie voneinander getrennt. Die eine Seite streift nach Erhaltung und Verschärfung der bestehenden Klassenherrschaft, die Zahllose im Dienste Weniger sich abradern läßt. Die andre Interessengruppe, die Arbeiterschaft, fordert die Brechung der Klassenherrschaft und Klassenausbeutung durch die gesellschaftliche Produktionsweise, die keinen zugunsten des andern benachteiligt, die nur für die Gesamtheit schaffen kann. Und die Rufer nach ihr wachsen immer bedrohlicher an!

Nun ist durchaus nicht gesagt, daß die freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie Gleiches mit Gleichem vergelten müßten. Es ist ganz selbstverständlich, daß den Gewerkschaftsmitgliedern der Anschluß an die Sozialdemokratie empfohlen wird, schon deshalb, weil die Sozialdemokratie als einzige Partei ihre Interessen stets und ständig vertritt und vertreten hat. Die Gewerkschaften würden ihren Bestrebungen den einzigen und dazu recht vollstehenden Resonanzboden im Reichstage rauben, wenn sie anders handelten oder etwa gar gegen die Sozialdemokratie agitieren! Das fällt ihnen natürlich im Traume nicht ein, aber: die freien Gewerkschaften verlangen nicht von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Jeder sei zu, wie er es treibe! Er kann Heide oder Christ sein und sein politisches Glaubensbekenntnis kann in jeder erdenklichen Farbe schillern: nur muß er die mit dem Eintritt in die Gewerkschaft erworbenen Pflichten übernehmen und für sie einstehen! Das ist das einzige, was von dem freien Gewerkschaftler verlangt wird! Auch legen sich die freien Gewerkschaften nicht auf das politische Programm der Sozialdemokratie fest. Daß sie niemals zugunsten der politischen Absichten und Zwecke der Sozialdemokratie eine von ihnen als notwendig erkannte Handlung unterlassen hätten, wird auch ihr verbissenster Gegner nicht beweisen können! Ganz anders dagegen ist es mit den christlichen Gewerkschaften und dem Zentrum bestellt! Diesem fällt es im Traume nicht ein, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu fördern, wenn es dadurch parteipolitische Vorteile erringen kann! Und die christlichen Gewerkschaften sind es gewöhnt, zugunsten der Zentrumsparteinteressen auf Forderungen wirtschaftlicher und sozialer Natur verzichten zu müssen! Die Lebensmittelpolitik des Zentrums und ihre geulbige Ertragung durch die Christengewerkschaften ist ein Zeugnis für unser Urteil, wie es sprechernd kaum zu finden! Es kommt aber noch schöner! Im April und Mai 1900 verhandelte der Deutsche Reichstag über Verbesserungsanträge zum Unfallversicherungsgesetz, die von den katholischen Arbeitervereinen und dem Gewerbeverein christlicher Vergleute gestellt worden waren! Was geschah? Das Zentrum stimmte gegen diese Anträge, während die Sozialdemokratie für sie eintrat! Zur selben Zeit verlangten die christlichen Textilarbeiter die gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit! Das Zentrum wandte sich in der Kommission gegen den Wunsch der Textilarbeiter! Und sofort in infinitum! Dagegen ist in allen Fällen die Sozialdemokratie für die Forderungen der christlichen Arbeiter eingetreten. Das Zentrum aber hat stets sein entgegenstehendes Parteiinteresse dem der Arbeiter vorgezogen, zuletzt noch bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform und Reichsversicherungsordnung!

Während die christlichen Gewerkschaften die Erhaltung des Selbstverwaltungsrechts in den Krankenkassen und die Herabsetzung der Altersgrenzen in der Invalidenversicherung forderten, stimmte das Zentrum dagegen. Ebenso erging es den Forderungen der christlichen Gewerkschaften auf eine Witwen- und Waisenversicherung sowie auf genügende Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung: das Zentrum stimmte dagegen, die Sozialdemokratie dafür! Ferner gab das Zentrum einer Tabaksteuer seine Zustimmung: wieder im strittlichen Gegensatz zu der Forderung der christlichen Gewerkschaft! Als diese dann eine vollwertige Uptersicherung und Entschädigung der durch die Reichsfinanzreform schwer geschädigten Tabak- und Brauereiarbeiter verlangten, war es wiederum das Zentrum, welches diese Forderung zu Fall brachte! Der christliche Gewerkschaftskongreß nahm im Jahre 1909 eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wurde, Erhebungen über die Gefährdung der Arbeiter der chemischen Industrie anzustellen. Die Sozialdemokratie brachte einen entsprechenden Antrag im Reichstag ein. Das Zentrum stimmte geschlossen dagegen. Sogar die christlichen Gewerkschaftsführer, die auf dem Kongreß die Resolution mitangenommen hatten, stellten das Gewerkschafts-, nein das Arbeiterinteresse hinter das Parteiinteresse des Zentrums zurück und stimmten gegen den Antrag der Sozialdemokratie!

Diese Blütenlese wird genügen, um zu beweisen, daß das Zentrum sich zum Parteivorteil strupellos den Forderungen der christlichen Gewerkschaften widersetzt! Herr Siesberts gab an, dies geschähe aus höheren ultramontanen Interessen, womit er aller Deffentlichkeit demonstrierte, daß über dem Wohle der christlichen Arbeiter der Vorteil der Zentrumsparthei stünde!

Wer nun in Wahrheit ein Parteinecht ist, das festzustellen, können wir nunmehr dem Urteile unsrer Leser überlassen! Die Entscheidung kann nicht zweifelhaft sein! —

Die Opfer der Arbeit.

Im Januarheft der „Ämtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ werden die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1910 veröffentlicht. Obwohl wir die Berichte der für unsern Verband hauptsächlich in Frage kommenden Berufsgenossenschaften schon im Laufe des Jahres 1911 besprochen haben, fügen wir der nachfolgenden Besprechung der Gesamtberichte eine vergleichende Uebersicht über die uns speziell interessierenden an. Zunächst geben wir eine Zusammenstellung aus den Ergebnissen aller Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und Ausführungsbehörden

Es betrug die Zahl

	1909	1910	1910 mehr (+) od. weniger (-)
aller Unfälle	664247	672961	+ 8714
der entschädigungspflichtigen Unfälle	139070	132064	- 7006
der Unfälle mit tödlichem Ausgange	9363	8857	- 506

Zahl 700 000 Verletzte, darunter fast 9000 Getötete — das sind die Opfer, die in einem einzigen Jahre auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen sind! Von den Verletzten waren über 132 000 so schwer geschädigt, daß sie länger als 13 Wochen an den Folgen des Unfalls zu tragen hatten, und 50 000 trugen dauernde Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit davon! Das sind fürwahr erschreckende Zahlen. Angesichts solcher Rekordzahlen des kapitalistischen Massenmords müßte das Gerede von dem hohen Risiko des Unternehmers ebenso verstümmen wie der Jammer über die Belastung der Industrie durch die soziale Fürsorge. Denn das Risiko der Arbeiter ist vieltausendmal größer als das der Kapitalisten und mit den sozialen Lasten tragen die Unternehmer nur einen sehr, sehr geringen Teil ihrer Schuld ab. Dagegen findet das Geschrei der Unternehmer bei den Regierungen und Behörden ein allezeit williges Ohr. Die oben wiedergegebenen Zahlen geben dafür einen Beweis. Obwohl die Zahl der gemeldeten Unfälle gegen das Vorjahr um fast 9000 gestiegen ist, wurden 7000 Renten weniger bewilligt. Darin zeigt sich die Tätigkeit der behördlich gebilligten Rentenquetscherei. Immer mehr gehen die Berufsgenossenschaften dazu über, die Renten unter 20 Prozent völlig zu beseitigen. „Schnapsrenten“ nennen die gefühlvollen Kapitalistenfreunde die jämmerliche Entschädigung, die ein Arbeiter dafür erhält, daß er einen Finger oder auch mehrere im Dienste des Kapitals verloren hat. Und auf die Beseitigung dieser „Schnapsrenten“ streben einige Berufsgenossenschaften mit einer Rücksichtslosigkeit hin, die als „kapitalistische Brutalität“ noch milde gekennzeichnet ist. Im Jahre 1904 erhielten von je 100 durch Unfall Verletzte 16,60 eine Rente, im Jahre 1910 aber nur noch 14,34. Wenn die Drückerei so weiter geht, werden die Industrietrüffel in 10 Jahren mit dem Leierkasten losziehen und den Kriegsinvaliden Konkurrenz machen müssen.

Nicht nur erwachsene Arbeiter, auch Frauen und Kinder werden alljährlich zu Tausenden um Gesundheit und Leben betrogen. Die entschädigungspflichtigen Unfälle bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verteilen sich 1910 nach Alter und Geschlecht wie folgt:

	Erwachsene		Jugendliche (unter 16 J.)	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
Gewerbliche B.-G.	63901	2811	2319	280
Landwirtschaftl. B.-G.	37157	17167	1641	560
Zusammen	101058	19978	3960	840
	121036		4800	

20 000 Frauen und fast 5000 Kinder haben in einem Jahre schwere Unfälle erlitten. Kinder, deren Leben erst beginnen soll, werden zu Tausenden um Lebensglück und Lebensfreude betrogen. Wenn wir aber gegen diesen Kindernord unsere Stimme erheben, die rücksichtslose Ausbeutung und Hinopferung durch Gesetze eingeschränkt wollen, dann schreien die Kapitalisten im Chorus über Verhekung und Verleumdung. Und ihr heuchlerisches Protestgeschrei findet bei den Regierungen und Behörden mehr Beachtung als alle Bestrebungen, Gesundheit und Leben der Arbeiter gegen die Gefahren der Arbeit zu schützen.

Als unser eigentliches Verbandsgebiet kommen vornehmlich die Berufsgenossenschaften der Ziegeleien, chemischen Industrie, Papier- und Zuderindustrie und der Molkereien, Brennereien und Stärkesabriken in Betracht. Zwar reicht unser Zuständigkeitsgebiet noch in andre Berufsgenossenschaften (Lebensmittelindustrie: Margarine, Kaffeezusatz usw.; Lederindustrie: Vinoleum usw.), aber das Hauptgebiet umfassen die angeführten fünf. Aus den Berichten dieser fünf bringen wir nachstehende Angaben und Vergleiche.

Die erste Tabelle zeigt die Zahl der Vollarbeiter (ein Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstagen) und den Durchschnittslohn für einen Vollarbeiter (also für 300 Arbeitstage).

Berufsgenossenschaft	Zahl der Vollarbeiter		
	1908	1909	1910
Ziegel- u. d. chemisch. Industrie	187 955	188 816	189 657
Papiermacher	216 761	219 601	230 446
Zucker	38 018	37 885	39 608
Wollerei, Brenner- u. Stärkeindustrie	54 730	54 081	54 982
Zusammen	597 670	596 374	615 168

Während 1909 bei den Berufsgenossenschaften ein Rückgang der Vollarbeiterzahl eintrat, brachte das Jahr 1910 einen allgemeinen Aufschwung. Am stärksten war der Aufschwung in der chemischen Industrie. Für alle fünf Berufsgenossenschaften betrug die Zunahme fast 20 000 gegen einen Rückgang um reichlich 2000 im Jahre 1909. In diesen Zahlen zeigt sich deutlich die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur, die 1910 einsetzte und jetzt noch anhält.

Ueber die Zahl der gemeldeten und der entzählbaren Unfälle gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Berufsgenossenschaft	Gemeldete Unfälle				Erstmals entzählbare Unfälle			
	überhaupt		auf 1000 Vollarbeiter		überhaupt		auf 1000 Vollarbeiter	
	1909	1910	1909	1910	1909	1910	1909	1910
Ziegel- u. d. chemisch. Industrie	6677	6580	36,42	34,89	1863	1609	9,07	8,48
Papiermacher	12307	13006	56,04	56,44	1895	1776	8,63	7,71
Zucker	4161	4267	10,94	11,32	800	804	9,16	8,97
Wollerei u. s. w.	2328	2375	43,08	43,20	491	468	9,08	8,51
Zusammen	27390	27974			5267	5080		

Die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle hat bei drei Genossenschaften z. B. bei zwei abgenommen, die Zahl der entzählbaren Unfälle ist nur bei der Papiermacher-Berufsgenossenschaft (um ganze vier) gestiegen. Insgesamt stieg die Zahl der gemeldeten Unfälle um 584, während gleichzeitig die Zahl der entzählbaren Unfälle um 237 zurückging. So zeigen sich auch hier die Folgen der Rentenquerstreckerei.

Die relative Unfallziffer ist in der chemischen Industrie am höchsten, in den Ziegeln am geringsten; werden aber die entzählbaren Unfälle zur Grundlage der Berechnung genommen, so rückt die Papierindustrie an die erste und die chemische Industrie an die letzte Stelle.

Die nächste Tabelle zeigt, wie sich die schweren (entzählbaren) Unfälle auf Alter und Geschlecht verteilen:

Berufsgenossenschaft	Erwachsene				Jugendliche unter 16 Jahren			
	männliche		weibliche		männliche		weibliche	
	1909	1910	1909	1910	1909	1910	1909	1910
Ziegel- u. d. chemisch. Industrie	1618	1477	75	66	65	71	5	5
Papiermacher	1740	1619	186	117	39	25	11	15
Zucker	790	740	49	43	20	19	1	2
Wollerei u. s. w.	478	455	15	8	3	4	—	1
Zusammen	4826	4624	275	250	141	132	19	24

Die meisten Opfer an Arbeiterinnen hat die chemische Industrie gefordert, die meisten Kinder die Ziegelindustrie. Gegen das Jahr 1909 ist die Unfallziffer der weiblichen Jugendlichen gestiegen; sonst ist sie allgemein etwas zurückgegangen, woran jedoch, wie schon erwähnt, die Rentenrückerei mehr Anteil hat, als irgendeine andere Ursache. In nachfolgender Tabelle sind die Folgen der Unfallquerstreckerei.

Berufsgenossenschaft	Tot		Erwerbsunfähig			
			dauernd		vorübergehend	
	1908	1909	1908	1909	1908	1909
Ziegel- u. d. chemisch. Industrie	172	164	126	345	276	274
Papiermacher	128	142	126	1150	1050	623
Zucker	59	51	51	347	347	421
Wollerei u. s. w.	40	49	35	352	293	175
Zusammen	429	431	367	2210	2032	2074

Erstaunlicherweise zeigt die Tabelle einen erheblichen Rückgang der tödlichen Unfälle; in der chemischen Industrie allein sind 38 Arbeiter weniger gestorben als 1909.

Auch die Ziegeln fordern 16 Opfer weniger. Leider sind in Wollerei, Brenner- u. s. w. vier Arbeiter mehr getötet worden. Ueber Zahl und Höhe der im Jahre 1910 von den Berufsgenossenschaften gezahlten Renten unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Berufsgenossenschaft	1910 gezahlte Rente		Zahl der Rentempfänger	Durchschnittsrente 1910
	1909			
	1909	1910	1909	1910
Ziegel- u. d. chemisch. Industrie	164 955	107 94	10 695	154,12
Papiermacher	2 278 600	12 281	12 127	157,48
Zucker	98 178	6 679	6 637	148,20
Wollerei u. s. w.	383 411	1 521	4 584	148,09
Zusammen	487 154	27 385	27 443	154,09

Bei den Rentempfängern über die Rentenempfänger haben wir die Zahlen für 1909 zum Vergleich mit eingefügt; es zeigt sich hier, daß 1910 in allen fünf Berufsgenossenschaften 679 Rentempfänger weniger unterrichtet wurden als 1909. In diesen Zahlen tritt die geradezu handgreifliche Rentenquerstreckerei besonders klar zutage. Es wurden mehr Rentner ausgeschoben, als neu hinzukamen. Bei drei Berufsgenossenschaften ist auch die bezahlte Unfallrentenzunahme geringer als im Vorjahr. Diese drei (Ziegel-, Zucker- und Wollerei-Berufsgenossenschaft) wurden geradezu fürchterliche Wucherer unter den ungenutzten Industriekapitalen gehalten haben, anders ist ein solches Verhalten nicht erklärlich.

Ueber die Höhe der Renten ist kein Wort zu verlieren. Ein Blick auf die Rentenempfänger der letzten Jahre stellt schon

geschworene Vordreher unserer Sozialpolitik davon überzeugen, daß die Entschädigung für erlittene Unfälle oft kaum mehr ist als ein unzulängliches Schmerzensgeld. Unser offizielles und inoffizielles Schönredner sind allerdings klug genug, immer und überall nur die ganzen Summen anzuführen, und da klingt es dann wunderbar wie groß, wenn mit Millionen und Milliarden herumgehorcht wird. Sobald man aber den Dingen nachgeht und aufzeigt, wieviele Menschen sich in die Summen teilen müssen und wieviel Gesundheit und Leben sie dafür opfern müssen, dann ist es vorbei mit all dem Glanz und Schimmer.

Zum Schluß möge noch eine Zusammenstellung über die Löhne folgen. Die Angaben der Berufsgenossenschaften haben leider den Fehler, daß sie die Löhne in Bausch und Bogen, also ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht angeben. Dadurch verlieren sie sehr viel an Wert. Immerhin bieten sie ein umfassendes und brauchbares Material zur Vergleichszwecken insofern, als man aus der Veränderung der Löhnschancen auf die Bewegung der Einzellöhne schließen kann. Dagegen ist ihr Wert zur Beurteilung des zeitlichen Lohnstandes nur sehr bedingt. Nachstehende Tabelle gibt die pro Vollarbeiter, also für 300 Arbeitsstunden gezahlten Löhne für die letzten 6 Jahre.

Berufsgenossenschaft	1910	1909	1908	1907	1906	1905
Ziegel- u. d. chemisch. Industrie	1019,—	1003,73	989,15	986,64	958,—	927,41
Papiermacher	1181,48	1159,10	1147,70	1125,10	1112,43	1062,70
Zucker	901,63	875,62	864,88	850,—	804,86	760,52
Wollerei u. s. w.	1009,54	981,84	972,20	964,66	917,63	870,18
Zusammen	950,42	944,66	944,32	888,60	888,20	863,10

Diese Zahlen weichen von denen im Vorjahr bei den Einzelberichten gegebenen teilweise ab. Das erklärt sich daraus, daß bei den Spezialberichten der Berufsgenossenschaften immerhin noch eine gewisse Spezialisierung möglich war. Bei der chemischen Industrie konnten die höheren Betriebsbeamten und die Unternehmer ausgeschaltet werden, bei der Papierindustrie waren die Arbeiter sogar nach Alter und Geschlecht getrennt angeführt. In der Ziegelindustrie sind die oben angeführten Vollarbeiter-Löhne für den tatsächlichen Verdienst überhaupt nicht maßgebend, weil nur ein ganz geringer Bruchteil der Ziegelfabrikarbeiter 300 Arbeitsstunden i. S. tätig ist. Noch mehr gilt das für die Zuckerindustrie, in der die eigentliche Kampagne nur einige Wochen dauert. In den Spezialberichten sind deshalb auch immer die Löhne der Verächter angegeben. Wie groß der Unterschied ist, mögen folgende Zahlen dartun:

	in Ziegeln	in Zuckerfabriken
eines Vollarbeiters	1019,—	1009,54
„Verächter	720,20	598,58

Ob und inwiefern die Arbeiter ihren Kampagneverdienst noch ergänzen können, läßt sich nie im einzelnen feststellen. Die Einschränkung, die wir oben für die Bewertung der Lohnangaben der Berufsgenossenschaften machten, gilt für die Saisonindustrien doppelt.

Soweit die Schwankung der Löhne in Betracht gezogen wird, kann konstatiert werden, daß das Jahr 1910 für alle hier aufgeführten Berufsgenossenschaften eine Erhöhung der Durchschnittslöhne gebracht hat. Leider hält sich die Erhöhung überall in recht engen Grenzen. Verächtlichigt man die Zeuerung der Lebenshaltung und die Tatsache, daß die Lohnerhöhung in der Hauptsache nur dort gegeben wurde, wo die Arbeiter sie erkämpften, so leuchtet ein, daß viele Arbeiter ihre Lebenshaltung verschlechtern mußten, statt an den Fortschritten der Kultur teilnehmen zu können. Somit mahnt uns auch die Lohnstatistik des amtlichen Berichtes zum festen Zusammenschluß der Kräfte, zur Stärkung der Organisation.

Aus dem Reichstage.

Dienstag, den 20. Februar, ging die Staatsdebatte zu Ende. Den Schluß bildete eine vorzügliche Rede des Genossen David. Dieser ging einmal auf alle die Einwendungen ein, welche von Mitgliedern des Hauses und dem Reichstangler gegen das sozialdemokratische Programm erhoben wurden, und zum andern verteidigte er dieses Programm in meisterhafter Weise. Interessant und der Beachtung wert sind die von konserverter Seite und auch von dem Zentrum abgegebenen Erklärungen gegen den Ausbau der Erbschaftsteuer und Einführung einer direkten Einkommen- und Vermögenssteuer. Da der Zentrumsvorredner endlich wieder einmal nach der Finanzreform das Eingeständnis machte, Deutschland habe an indirekten Steuern genug, so wollen sie die Deckung für die neuen Besteuerungen wohl durch neue Steuern ermöglichen. David schlug den Herren Patrioten eine Steuer auf die Einkommen über 6000 M. und auf Vermögen über 100 000 M. als nationale Ehrensteuer vor, die besonders dann zu entrichten wäre, wenn eine Wehrung der „Wehr“ Gesetz geworden ist. Da allein in Preußen in den Jahren 1895 bis 1910 die Zahl der Millionäre von 5300 auf 9200 gestiegen ist, so wird man die Opferbereitschaft der Reichgenossen wohl kaum zu hoch einschätzen, wenn man annimmt, daß wahrer Opfergabe der Reichgenossen nach den Steuerämtern sich ergeben werden, um auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Andre, das heißt die Wenigen und Nichtsbesitzenden, zahlen zu lassen, das wird nach den letzten Wahlergebnissen nicht geben.

In einem besonderen Teil seiner Ausführungen nahm sich der sozialdemokratische Redner den Grazen Forderungen vor, der im Wahlkampf von der Sozialdemokratie getätigt hatte, sie sei stillschweigend und geistig zu überwinden, bei dem Verzuge seinerseits, diese geistige Ueberwindung zu unternehmen, aber die größten Sozialistenpiegeln seien. Ganz nach dem Wähler, das Gegenwärtige einmal gegeben. Dem Staatsminister und jetzigen Reichsvizepräsidenten mag es denn doch etwas bange geworden sein um seine Reize der Sozialistenbelämpfung. Er dürfte sich nur sehr schwer der Ansicht verschließen können, daß hinter dem Sozialismus geistige Werte und Kräfte stehen, die mit billigen „Sparagistiken“ nicht unwirksam zu machen sind. Die Zukunft steht im Zeichen des Sozialismus!

Aus der Höhe, auf welche die Debatte durch David gehoben, sank sie sich herab, indem Verhandlungen, die den Präsidentenwahlen vorausgegangen waren, zu allseitigen Erklärungen führten. Der Nationalliberale Schäffer, der das bisherige Verhalten seiner Partei von rechts aufs tiefste belagert, suchte nach einem Mittel, um seine Partei den Reaktionsären wieder lieb und angenehm zu machen. Im Lande verlaufen besonders die schismatischen Nationalliberalen die Partei oder man nimmt Entschuldigungs-Resolutionen an, weil Debel und Scheidemann nationalliberale Stimmen erhalten haben. Das habe gesehen können, sagen die Herren Sozial- und Arbeiter, nachdem die Sozialdemokraten erklärt hätten, ihr Vizepräsident würde bei Verhinderung des Präsidenten das Kaiserthron ausüben. Eine solche Behauptung hat nicht einmal die Wahrscheinlichkeit für sich. Die Fraktion, die von vornherein ablehnt, zu Hoj zu gehen, wird wohl auch das Ansehen nicht als parlamentarische Verhöhnung ansehen. In Wirklichkeit haben die Nationalliberalen weder Debel noch Scheidemann infolge eingegangener Abmachungen gewählt. Alle Verhandlungen darüber, was die Sozialdemokratie erfüllen würde, was nicht galten als vollkommen abgeschlossen! Wäre es anders, dann hätten die Sozialdemokraten nicht Debel, sondern von

Schnaid-Carolath als Präsidenten gewählt. Die Präsidiallandtags-Debatte galt als Ausbund der Rednerei, daß die Fraktionen sich an keinerlei Abmachungen gebunden hätten. Als dann Herr Spahn gewählt wurde, ohne eine Mehrheit auf sich zu vereinigen, fanden die Nationalliberalen bei Mut, Scheidemann zu wählen. Sie erhielten dann im Plenum von den Sozialdemokraten die Zusage, daß man ihnen den zweiten Vizepräsidenten überlassen würde. Da nun im Lande die nationalliberale Diktaturmache sich regt, muß Herr Schäffer als Präsidentenbauer sich betätigen, damit der Umsturz nach rechts erfolgen kann.

Die Tage beschäftigte sich der Reichstag mit der Zeuerung und der Wirtschaftspolitik, welche die eigentliche Ursache der Zeuerung bildet. Den Anlaß zu der Auseinandersetzung gaben eine sozialdemokratische und eine freisinnige Interpellation. Die letztere zielte auf zeitweise Einstellung der Futtermittelzölle und des Kartoffelzölles ab, während die sozialdemokratische Interpellation die Aufnahme des Zölles auf Mais, Futtermittel und des am 15. Februar wirksam gewordenen Kartoffelzölles forderte. Die Junker und Junkerengenossen: Konserver, der Zentrumsvizepräsident und Nationalliberalen, stellen sich natürlich als Verteidiger vor die Zollwächter. Die Fahne des Zollraubes trugen natürlich die Vertreter der Regierung voran. Aber auch Herr Giesberts, der „Arbeitervertreter“, fand Worte der Verteidigung für den herrschenden Zollschuß, dem er die Wirkung zuspricht, Stetigkeit in das gesamte Wirtschaftsleben gebracht zu haben. Das ist nun falsch. Wir sehen, daß die Länder ohne Schutzoll sich der gleichen wirtschaftlichen Beschädigung zu erwehren hatten. Noch dazu bei besseren Löhnen. Die Freihandelsländer, England und Dänemark, haben bessere Lohnverhältnisse als Deutschland. Trotz seines Hohens über die sozialdemokratische Sozialdemokratie: Giesberts anerkennt, daß die Ernährung des Volkes, besonders des minderbemittelten, ein Problem geworden ist, das zu lösen, des Hinzufügens der besten Wert sei. Warum ist die Zollkernfrage eine brennende Frage geworden? Weil der Schutzoll sie dazu gemacht hat. — Trotz langer Reden verstand sich der Bundesrat zu dem Eingeständnis, die Kartoffeln vorjähriger Ernte vom 15. Februar bis 1. Mai vom Zoll zu befreien. Preisentwurf soll das nicht zur Folge haben, behaupten die Junker. Das wird abzuwarten sein. Gelangen Kartoffeln zollfrei zur Einfuhr in Deutschland, dann sinkt der Preis oder ein weiteres Steigen wird verhindert.

Preissteigerung und Reallohnpolitik.

Die Preissteigerung der letzten Jahre hat auch den Gewerkschaften mehr als je vor Augen geführt, wie wichtig es ist, statistisch zuverlässige Grundlagen auf diesem Gebiete heranzuschaffen. Der nominal gleichbleibende Geldlohn schrumpft bei der Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfs zu einem wesentlich reduzierten Reallohn, zu einer tatsächlich geringeren Kaufkraft für Nahrung, Wohnung, Kleidung zusammen. Der nominal höhere Geldlohn verflüchtigt sich entweder zu bloßem Schein oder die Geldlohnsteigerung kann sogar mit einer Verkümmern der Lebenshaltung zusammenfallen. Es ist nicht nur zur Information wichtig, diese Preisbewegungen genauer überblicken und gegeneinander abmessen zu können. Man braucht ein vertrauenswürdiges Differenzialmaterial notwendig auch zur Beurteilung von Lohnbewegungen, von gewerkschaftlichen Erfolgen, zur Begründung von Lohnforderungen.

Rechtlich geht es andern Bevölkerungsklassen, deren Einkommen nicht einfach als Arbeitslohn, wenigstens nicht als Lohn im eigentlichen engeren Sinne des Wortes angesehen werden kann: Beamten, Kleinbürgern verschiedener Art, den Angehörigen liberaler Berufe (Gelehrten, Schriftstellern, Ärzten, Rechtsanwälten) mit oder ohne sichere beamtenmäßige Stellung. Kein Wunder, daß solche Statistiken längst über den Rahmen einer bloß akademischen Frage hinausgewachsen sind, sondern in der ganzen Geschäftswelt und Verwaltung, in den Parlamenten, in der Presse bereits eine große Rolle spielen. Der Verein für Sozialpolitik beschäftigt beispielweise eine Erhebung über die Entwicklung der Preise in den letzten 20 Jahren vorzunehmen; er hat sich den Vorstand des Deutschen Statistischen Reichsamtes gestellt, das mit den statistischen Ämtern anderer Länder in Verbindung steht. Auch das Internationale Statistische Institut hat das internationale Studium der Preise eingeleitet. Offizielle Berichte haben die Regierungen der Vereinigten Staaten (durch den Senat), der Staat Massachusetts, Kanada, die französische und englische Regierung veröffentlicht; in andern Ländern, zum Beispiel in Indien, werden solche Erhebungen geplant.

Eine sehr verdienstvolle Abhandlung in dem eben erscheinenden Doppelheft von Dr. Heinrich Brauns „Annalen für soziale Politik und Volkswirtschaft“ (Preissteigerung und Reallohnpolitik) von Prof. Stephan Bauer-Basel und Prof. F. W. Fischer-Amerika) legt nun näher dar, wie wenig befriedigend die statistischen Aufkäufe bisher ausgefallen sind und vor allem, wie ihnen jede Einseitigkeit fehlt, ohne die Vergleiche und Unterschiede zwischen Schutzoll- und Freihandelsländern, zwischen künstlichen und natürlichen Zeuerungsbefreiungen, zwischen vergangener und gegenwärtiger Kaufkraft des Geldes über des Einkommens vollkommen in der Luft schweben bleiben oder doch in ihrer Beweisraft gegen Andersdenkende ganz wesentlich verkleinert.

Einige Grundtatsachen betreffen allerdings kaum jemand noch. Das durchschnittliche Wiederanstiegen der Preise, nach der etwa von 1874 bis 1895 dauernden Epoche sinkender Preise, hält die Denkschrift seit dem Jahre 1896 für festgelegt. Internationale Unterschiede machen sich dabei deutlich in Einzelheiten bemerkbar; die Grundtatsache ist jedoch überall unüberwindlich die gleiche. Am stärksten ist der Preissteigerungsgrad wahrscheinlich in England, am höchsten vielleicht in den Vereinigten Staaten und Australien. Allgemein, aber vor allem gerade in Amerika, dem einflügeligen unvergleichlichen agrarischen Ueberfluß- und Ausfuhrland, sind vor allem die Rohprodukte der Landwirtschaft und besonders die Viehprieze emporgesprungen. Der Großhandel mit seinen feinen Warengruppen und Preisnotierungen gefaltet für die Einzelwaren noch leichte Vergleiche von Jahr zu Jahr, von Land zu Land. Eine ziemliche Bilanz und Vermittlung entsteht schon bei dem an sich unentbehrlichen Operieren mit Jahrespreisen; das heißt, mit zusammenschließenden Einheitsziffern für Gruppen von Waren. In Amerika, in England, in Frankreich, in Deutschland hat man die Grundlagen dieser Gruppenvergleiche ganz verschieden gewählt. Dann kommt das schwierige Gebiet der Beobachtung der Kleinhandelspreise, die für den wirklichen persönlichen Konsum der Massen selbstverständlich ausschlaggebender sind wie alle Großhandelspreise: Wirken die Ursachen der Großhandelspreissteigerung fort, werden sie fühlbar abgemildert auf den Detailhandel? Steigt der Detailpreis infolge der Kosten, die mit der Lieferung bestimmter Qualitäten verbunden sind, infolge technischer Rückständigkeit der Verarbeitungsgewerbe oder infolge des stärkeren Auftretens von Zwischenhandelsgewinnen? Mit diesen Fragen berührt man das Gebiet der Ursachenforschung. Woher rührt die Preissteigerung einmal der Großhandels-, dann der Detailpreise?

Die Statistik ausschließlich kann viele dieser Fragen nicht endgültig lösen, aber sie kann eine Menge trüger Vermutungen zerstören und den Blick schärfer auf bestimmte Ursachen hinführen. Wären zum Beispiel die Lohnsteigerungen der letzten Jahre von starker Mitwirkung bei der Preissteigerung der Arbeitszeugnisse, so müßte die Steigerung gerade von den Produktpreisen der Industrie ausgegangen sein, also von Buchbindern, Bauarbeitern, Metallarbeitern; haben ist keine Rede; ebensowenig haben die Landarbeiter solche Lohnsteigerungen erzielt, daß aus ihnen die Höhe der Fleischpreise erklärt werden könnte.

Fehlen aber bei den Preisen noch häufig zurechnende, das heißt exakte Angaben, so gilt dies in noch höherem Maße von den Löhnen. Schon das britische Parlament schlug deshalb im Vorjahre eine Einigung der Arbeitsämter und arbeitsstatistischen Abteilungen der verschiedenen Länder auf eine gemeinsame Erhebungsmethode vor. Eine Fortspinnung dieses Gedankens ist die vorliegende Denkschrift, die schließlich die Einlegung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Lebenskosten mit folgenden Aufgaben empfiehlt:

1. alle verfügbaren Tatsachen der Veränderung der Löhne, der Ausgabenhöhe und des Preisstandes in der ganzen Welt zu sammeln und darüber vergleichende Uebersichten zu liefern;
2. den Nachweis der Hauptursachen dieser Wandlungen und der nationalen Unterschiede in ihnen zu erbringen;
3. über die Möglichkeit der Abhilfe Bericht zu erstatten.

Eine solche Kommission müßte, um wirksam und auf Grund hinlänglicher Mittel arbeiten zu können, nicht nur amtlich, sondern auch international sein, denn ein Staat allein könnte eine so umfassende

Wiederholung wie die jüngste Preissteigerung ebenfalls genügend beachtet, wie etwa die Bewohner eines Seebades die Allgemein-erhebungen von Ebbe und Flut. ...

Mag Schypel.

Sie werden fauler und frecher...

Dem eifrigen und unermüdbaren Bemühen der Arbeiterorganisa-tionen, die unsoziale Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, gegen vor allen andern Arbeiterfeinden vornehmlich die Unternehmern den denkbar schärfsten Widerstand entgegen. Sie sinnen auf immer neue Mittel und Wege, um den verhassten Gewerkschaften das Leben schwer zu machen und ihre Widerkraft zu unterbinden. ...

Die Arbeitswilligen liegen den Unternehmern denn auch am meisten am Herzen. Es sind ihre Schlinglinge und die wertvollsten Elemente der kapitalistischen Gesellschaft. ...

Die Gleichheit der organisierten Arbeiter ist dagegen den Unternehmern ein Grauel. Sie können sich nicht davorfinden, daß auch die Arbeiter selbstbewußt eigene Interessen vertreten und verstehen, daß die Arbeiter erhabensten Hauptes ihren Anteil an der Regelung des Arbeitsverhältnisses und am Arbeitsvertrage fordern. ...

So müssen es denn die Unternehmer erleben, daß die Arbeiter sich in festgesetzten Organisationen zusammenschließen, um ihre berechtigten Interessen mit Beharrlichkeit zu vertreten. Die unerklärliche Beharrlichkeit, mit der die organisierten Arbeiter ihre Forderungen erheben und verfolgen, ist es, die das Unternehmertum in blinde Wut versetzt. ...

Noch einigermaßen harmlos sind die verleumdenden Behauptungen der Scharfmacher, die Beschuldigungen der Gewerkschaften lassen weniger darauf hinaus, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, als vielmehr Verwerbe und Zubrüde zu ruinieren und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen zu unterbinden. ...

Ach, es muß schon sehr schlimm stehen, wenn Unternehmerräte in die herzerweichende Lage ausbrechen: Unfre Arbeiter werden durch die Organisation immer fauler und frecher! Die industriellen Scharfmacher müssen es doch wissen, denn sie sind gewissenhafte Beobachter und Beurteiler. ...

In Wahrheit liegen die Dinge so, daß die Arbeiter jahraus jahrein ihre besten Kräfte, ja den größten und besten Teil ihres Lebens den besitzenden Klassen opfern müssen. ...

Kögen die Arbeiterfeinde und Reaktionsäre ihre gehässige und an-rächige Kampfesweise verlassen und auch wohl noch versöhnen, die Arbeiter werden dadurch nicht abgehalten, den ausschlaggebenden Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse mit Beharrlichkeit weiterzuführen. ...

Zement- und Ziegel-Industrie

Das „Zieglerparlament“.

Am 14. Februar tagte in Detmold das sogenannte „Zieglerparlament“, das heißt die 17. Generalversammlung des christlich-nationalen „Gewerkvereins der Ziegler in Lippe“. ...

„Die zur 17. Generalversammlung des Gewerkvereins der Ziegler in Lippe versammelten Vertreter der Ziegler begrüßen Euer Durchlaucht mit dem Gebührenden deutscher Treue.“

Wer noch zweifelt, daß der Verband der Fabrikarbeiter die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder in ganz erheblichem Umfange bessert, der lese die Artikel über die Erfolge des Verbandes, die in den nächsten Nummern des „Proletariers“ veröffentlicht werden. Dann wird er überzeugt werden, wenn anders er sich überhaupt überzeugen lassen will.

Das demütige Gestammel vor der lippischen Untertänigkeit, mit dem der Gewerkverein der lippischen Durchlaucht in früheren Jahren aufzuwarten pflegte, ist also diesmal unterblieben. ...

„Se. hochfürstl. Durchlaucht der Fürst haben das Gebührende der Gewerkschaften der Ziegler mit aufrichtiger Freude und herzlichem Danke entgegengenommen und widmen den hoffentlich durchweg zum Wohle der Ziegler ausschlagenden Beratungen höchstbedauerliches Interesse. ...

Im vorigen Jahre hat „Se. hochfürstl. Durchlaucht“ dem Gewerkverein Teilnahme und Fürsorge versprochen, als dieser in einem Fuldigungsstelegramm um „landesväterliche Förderung“ seiner Interessen schrieb. ...

Dieser Zusammenbruch tritt noch schärfer in Erscheinung, wenn man die Agitationsmittel und Agitationskräfte, deren sich der Gewerkverein bediente, in Erwägung zieht. ...

Die Gewerkschaften, „führer“ sind natürlich gläubig genug, um auf eine Wiebergeburt des Gewerkvereins zu hoffen. ...

Damit dem „Zieglerdoktor“ bei den ferneren Wahlen keine Ungelegenheiten mehr bereitet werden, hat die Generalversammlung den Vorstand ermächtigt, dem neuen Geschäftsführer einen politischen Maulkorb vorzubinden, den er nur abnehmen darf, wenn er — wie Pastor Zeiß betonte — auf die Sozialdemokratie losgelassen wird. ...

Recht stiefmütterlich wurde die Lohnbewegung behandelt, in die der Gewerkverein zum Beginn der Kampagne einzutreten gedankt. ...

Die Zwangsjade der Ulmer Zementfabrik. Die Zementfabrik Schwenk in Ulm versucht in jüngster Zeit wieder, ihre Jahresarbeitsverträge an den Tag zu bringen. ...

Während sich hier die Firma auf der einen Seite das Ansehen der „Arbeiterfreundlichkeit“ umhängen will, wird auf der andern Seite derjenige, welcher dem Vorhaben der Firma nicht willenlos zustimmt, entlassen. ...

„Die Guten und die Bösen.“ Von der neuen Zementfabrik Saale, die durch den vor-jährigen Streik noch in Erinnerung sein dürfte, werden angeblich wieder unglückliche Zustände gemeldet. ...

Wenn diese Verhältnisse fortbauern, können die Mittleber-Einwohner sich freuen. Die ausländischen Arbeiter sind bei dem vorjährigen Streik als Kausseifer herbeigelaufen. Sie waren mit den von 35 Pfennig auf 30 und 27 Pfennig herabgesetzten Stundenlöhnen zufrieden und äußerten sich nur auf die oben bezeichnete Art zu entschuldigen. Den Arbeitern ist natürlich darob kein Vorwurf zu machen, sie handeln in Unwissenheit, sondern Schuld trägt allein die Profitgier der Unternehmer.

Ein prägender Ziegeleibesitzer. Die Stader Straßammer verhandelte kürzlich gegen den Ziegeleibesitzer E. Eidenberg aus Brühl bei Jever sowie dessen Geiger Klaus Drcel wegen gemeinsamer gefährlicher Körperverletzung. Im Betriebe des Eidenbergs war im Sommer 1911 der Arbeiter Ernst Fr. tätig. Nachdem die Arbeiter am Sonntag, 11. Juni, dem auf Ziegeleien unermesslichen Alkohol (Vieserant ist der Ziegeleimeister) schon tüchtig zugeprossen hatten, verlangte der Arbeiter Fr. vom Besitzer seine Abrechnung zu sehen, um zu wissen, wieviel er noch zu fordern hatte; nach wiederholter Aufforderung erhielt Fr. 5 Mk. in die Hand gedrückt und war damit erst mal zufrieden. Infolge weiteren Alkoholgenußes kam es unter den Kampagne-Arbeitern bald zu Streiksitten, denen Eidenberg und Drcel — letzterer wegen Körperverletzung vorbestraft — bald ein Ziel setzten, indem sie den lästigen Fr. hinaussetzten. Drcel schlug ihn dann mit einem Gummischlauch selbst dann noch, als er schon zu Boden gefallen war. Ziegeleibesitzer Eidenberg ließ den wehrlos Gewundenen mit dem Fuße mehrfach ins Gesicht und verletzten den Bedauernswerten über dem Auge nicht unerheblich. Für diese rohe Tat verurteilte die Straßammer unter Vorbehalt des Vorgerichtsurteils den Ziegeleibesitzer zu 50 Mk. Geldstrafe, während Drcel zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde. Die Vorinstanz, das Schöffengericht in Jever, hatte den Ziegeleibesitzer sogar freigesprochen. Wir halten die Strafe von 50 Mk. für eine so rohe Handlung für sehr milde. Ob der Arbeiter auch so billig daabongelommen wäre, wenn er den Ziegeleibesitzer in gleicher Weise mißhandelt hätte? Das Gericht hielt einen Stiefel und den benutzten Gummischlauch nicht für gefährliche Werkzeuge und sprach beide Angeklagte nur der einfachen Körperverletzung schuldig. — Es gibt also doch noch milde Richter!

Viegnitz. Neue Zustände bestehen in der Ziegelei Kuniger Weiche bei Viegnitz. Für die Arbeiter, die dort mit Schichtarbeiten beschäftigt sind, ist noch nicht einmal ein Abort vorhanden. Sie müssen zu diesem Zweck einen 15-20 Minuten langen Weg zurücklegen, und diese Zeit wird ihnen dann am Arbeitslohn gefürzt. Bei dem jämmerlichen Lohn, der dort gezahlt wird, ist es natürlich verständlich, wenn die Arbeiter den Abort erst gar nicht benutzen, sondern sich einfach trotz der strengen Winterkälte ins Freie begeben. Die Folgen waren in letzter Zeit durch zahlreiche Erkrankungen durch Erfüllung deutlich genug ersichtlich. Bieleicht bekümmert sich die Gewerbeinspektion einmal um diesen Betrieb. Bis jetzt soll von diesem Institut dort noch nichts bekannt geworden sein. — Die kümmerlich die Winterlöhne in diesem Betriebe sind, geht aus der Lohntabelle hervor, daß die Arbeiter selbst bei Alltagsarbeit noch keine 2,50 Mk. pro Tag verdienen. Ja, bei der Frostperiode gab es Arbeiter, die nur 80 Pf. pro Tag verdienten. Und mit solchen „Löhnen“ sollen die Arbeiter eine Familie ernähren. Ob das der Besitzer des Betriebes, Herr Schöpsch in Viegnitz, und seine dienftbaren Betriebsleiter im Stehtragen wohl auch fertig bringen? Wir glauben es nicht. Der Gewinn der Trägheit ist noch stets größer gewesen als der Gewinn des Fleißes. Dies zu ändern ist aber nur Sache der Arbeiter.

verantwortliche Person aufzuweisen war. Verwalter und Meister lehnten die Verantwortung ab. Der Betriebsführer gab an, vom Hauptgeschäft bestimmte Anweisung zu haben, die er nicht umgehen kann. Wir haben hier also wieder einen Betrieb vor uns, in dem die leitenden Personen die Macht haben, den Lohn nach unten zu revidieren, wo der Meister die Leute anbrüllen kann, wer mehr Lohn haben will, wird entlassen, wo ohne Zutun der Arbeiter auch die Entlassungen ausgeführt und ausgegeben werden, wo aber zur weiteren Verfolgung der Sache keine Person kompetent sein will. Das sind solche „Mißverständnisse“, die der Firma bedeutenden Schaden verursachen, den Arbeitern unter Umständen auch Wunden schlagen, und schließlich unter allgemeinem Bedauern befristet werden oder bis zum bitteren Ende durchgelampft werden müssen. Wir sind überzeugt, daß am Hauptstamm einer Firma solche Sachen sich niemals abspielen können. In diesem Falle hätten die Arbeiter eine Kommission vorgeschickt, die eine Lohnaufbesserung verlangen sollte. Die Antwort hier kurz: „Mehr Lohn gibt's nicht, wenn's nicht paßt, kann gehen.“ Die Antwort erziehen und Entlassungen schreiben war eins. Ein Unheilshüter muß zu der Auffassung kommen, daß der Meister diese Situation schaffen wollte. Ausschändig sind 34 Arbeiter. Bezug ist fernzuhalten.

Aufruf zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Bekanntlich planten die Organisationen der Bergarbeiter eine gemeinsame Lohnbewegung im Ruhrrevier. Nun ist der christliche Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter von der Bewegung zurückgetreten mit der Begründung, die Herren hätten freiwillig Lohnherabsetzungen angelündigt, die Bewegung sei also unnötig geworden. Nun hat zwar der Reichsverband in der Öffentlichkeit eine allgemeine Erhöhung der Löhne in Aussicht gestellt, jedoch nur für die Schichtarbeiter, also nur für einen Bruchteil der Beschäftigten. Die Vorstände der übrigen Verbände haben den christlichen Rückzug nicht mitgemacht, sondern ihre Forderung trotzdem eingereicht. Die Antwort der Bergherren wies auf die in Aussicht gestellte Erhöhung der Schichtlöhne hin und erklärte sich im übrigen für unaufständig. Die Organisationen der Arbeiter beraten gemeinsamer über die weiterhin zu unternehmenden Schritte. Auch das internationale Komitee der Bergarbeiter wird zu dieser Bewegung Stellung nehmen.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes richtet an die Arbeiterschaft Deutschlands folgenden Aufruf:

Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes stehen in einer Bewegung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Berechtigung dieser Bewegung wird von keinem sozial und gerecht denkenden Menschen bestritten werden können. Gerechtigkeit und soziales Denken waren aber bisher bei den Bergbauunternehmern nicht zu finden. Die Vergangenheit hat dafür Beispiele genug. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß die Bergarbeiter, um ihre billigen Forderungen zur Geltung zu bringen, leider gezwungen sein werden, zum Kampf auszuholen zu müssen. Nicht aus Lust zum Kampf machen die Bergarbeiter sich mit diesem Gedanken vertraut, sondern weil ihnen keine andre Möglichkeit bleibt, ihre billigen Forderungen durchzuführen.

Jedenfalls rechnen auch die Unternehmer schon mit dem Ausbruch eines Kampfes. Es wird nämlich dem Bergarbeiterverband gemeldet, daß sich in verschiedenen Teilen Deutschlands Agenten aufhalten, um Arbeitskräfte fürs Ruhrgebiet anzuwerben. Diese Agenten geben an, die geworbenen Leute sollen zu Erdarbeiten verwendet werden. Glänzende Versprechungen bezüglich des Lohnes werden ihnen gemacht. Hat ein Agent einen Trupp Leute zusammengebracht, dann geht die Fahrt nach dem Ruhrgebiet. Unterwegs beschwindet der Werbagent und ein anderer übernimmt die weitere Begleitung des Transports. In der Regel ist der neue Begleiter ein Grubenbeamter, der die Leute bis zur Grube bringt, wo die „Erdarbeit“ verrichtet werden soll. Von den gemachten Versprechungen wird nichts gehalten. Die Agenten sind den Grubenverwaltungen meist „unbekannt“. Was diese gesagt haben, davon nimmt sich keine Verwaltung etwas an. Mittellos und allen Launen preisgegeben, stehen die Leute da. Man denke sich nun den Ausbruch des Kampfes! Es wird dann von den Leuten verlangt, daß sie Streikbrecher werden.

Wir können nur allen Arbeitern Deutschlands dringend raten, sämtliche Bergbauverviere, vor allem aber das Ruhrgebiet, zu meiden. Man beachte das und übe Solidarität!

Rundschau.

Die Fürsorge für uneheliche Kinder.

Das Archiv deutscher Berufsverbände wendet sich an die Gewerkschaftsvereine mit dem Ersuchen um Unterstützung seiner Bestrebungen. Nach seinen Aussagen verfolgt das Archiv den Zweck „der Entwicklung der gesamten Kinderfürsorge zu dienen“. Im Rahmen der daraus erwachsenden Aufgaben liegt auch die Heranziehung der Väter zu den Unterhaltungsleistungen unehelicher Kinder. Das Archiv schreibt nun:

Bei der Durchführung der Maßnahmen zur Sicherung der Unterhaltungsleistungen steht der Berufsverband in dem häufig eintretenden Fall, daß ein Arbeiter unehelicher Vater war, insofern vielfach auf Schwierigkeiten, als bei einer durch ihn ausgeführten Lohnbeschlagnahme der Arbeitgeber den Arbeiter entließ, lediglich, um etwaigen durch die Pfändung entstehenden Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Um diesen Unannehmlichkeiten zu begegnen, wurde auf der jüngsten Tagung deutscher Berufsverbände in Berlin (Oktober 1910) beschlossen, an die Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, im Falle einer Lohnbeschlagnahme durch den Berufsverband, die Arbeiter zunächst nicht zu entlassen, vielmehr auf ein Einverständnis zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und Berufsverband hinzuwirken, um auf diese Weise dem Kinde seinen Unterhalt nicht zu entziehen und den Arbeiter nicht brotlos zu machen.

Das Archiv deutscher Berufsverbände, dem die Ausführung des Beschlusses übertragen wurde, wandte sich mit einem entsprechenden Rundschreiben an die Handels-, Gewerbe- und Handwerkskammern sowie die größeren Arbeiterverbände. Aus der großen Zahl von Antworten, die aus dem gesamten Deutschen Reich dem Archiv zugeging, ging hervor, daß seine Bestrebungen allgemein anerkannt und daß der Anzeiger überall gern entprochen worden war, oft in der Form, daß das Rundschreiben gelegentlich der Sitzungen der Kammern und Verbände herbeigeholt wurde, und es wurde fast allseitig bereitwilligst mögliche Unterstützung durch Einwirkung auf die Arbeitgeber, auch Unterstützung durch die Arbeitgeber selbst zugesichert. Allein es wurde von seiten der Kammern auch darauf hingewiesen, und die Praxis bestätigt dies täglich, daß der Unterhaltanspruch des unehelichen Kindes oft deshalb bereitwillig wurde, weil die Arbeiter im Falle der Lohnbeschlagnahme die Arbeit niederlegten, um anderweitig nur die notwendige Beschäftigung aufzunehmen und so dem Anspruch des Kindes zu entgegen.

Das Archiv wendet sich daher in Verfolg des Beschlusses auf der jüngsten Tagung deutscher Berufsverbände auch an die Arbeiterorganisationen mit dem Ersuchen, auf die Arbeiter in der Richtung einzuwirken, daß sie im Falle einer Lohnbeschlagnahme durch den Berufsverband die Arbeit nicht sofort niederlegen, sondern zunächst zwecks Verständigung mit dem betreffenden Vorstand ins Vernehmen treten. Es wird meist die Lohnbeschlagnahme in Höhe der gesamten Forderung ausgeführt. Da es aber selbstverständlich ist, daß der Arbeiter die gesamten Rückstände zu zahlen weiß nicht in der Lage ist, so wird regelmäßig mit dem Berufsverbände eine Einigung dahin getroffen werden können, daß die Rückstände nicht eingefordert werden, falls nur der langsame Unterhalt des Kindes bei Berücksichtigung des Verdienstes des Arbeitervaters von ihm gedeckt wird. Der Berufsverband wird regelmäßig von dem Arbeiter vor das Verlangen, was er zu zahlen in der Lage ist. Das gegenwärtige Ersuchen richtet sich auf die Erfahrungstatsache, daß die Zusammenarbeit von Berufsverbänden und Arbeiterorganisationen bislang von beiden Seiten gesucht wurde und gute Ergebnisse gezeitigt hat — dies wurde auch in der zu dem Beschlusse führenden Diskussion mehrfach betont — daß daher auch in dieser Frage, die das Wohl unehelicher und unterhaltungsbedürftiger Kinder zum Gegenstand hat, auf das Engagieren aller Beteiligten gerechnet werden könne.

Eingegangene Schriften.

Die Sozialdemokratie und die Wähler zum Deutschen Reichstag von Paul Firkh und Bruno Worchardt. Das Werk gibt zunächst einen eingehenden Überblick über die gesamten Wahlen vom Jahre 1867 bis

zum Jahre 1912; unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Beteiligung und Erfolge. An der Hand von fünf übersichtlichen Tabellen wird über das Stimmverhältnis, die Verteilung, die Abgeordnetenzahl usw. Aufschluß gegeben. Daran schließt sich ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal im Besitze einer Partei waren, ferner ein Verzeichnis der zeitigen sozialdemokratischen Abgeordneten und ihrer Wahlkreise. Eine vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen von 1903, 1907 und 1912 für alle Wahlkreise zeigt die Verteilung der einzelnen politischen Parteien; die Ergebnisse seit 1907 haben besondere Berücksichtigung gefunden. Dem Werk ist eine Karte Deutschlands beigegeben, die in verschiedenen Farben den Besitz der Parteien im Reich anzeigt. Das Buch ist jedem, der sich über die politische Struktur Deutschlands informieren will, ein zuverlässiger Ratgeber. Der Preis beträgt 2 Mk. Die ungekürzte Ausgabe kostet 1 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. G., Berlin SW 68.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für Monat Februar sind die grauen Karten bis zum 4. März einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 24. Februar.

Gesucht werden Protokolle vom 5., 6. und 8. Verbandstag. Zahlstellen, die noch im Besitz überzähliger Exemplare sind, werden gebeten, dieselben baldmöglichst an den Vorstand einzusenden. Unkosten werden vergütet.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, die noch ausstehenden Sammellisten für die Tabakarbeiter sofort einzusenden. Die Zahlstellen, welche Gelder an die Karte oder die Generalkommission direkt gegeben haben, werden um Mitteilung gebeten, an wen und in welcher Höhe die Unterstützung bewilligt wurde.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1911 haben eingelaufen: Wehlem, Hemmoor.

Vom 20. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Grimma 200,—, Diersheim 70,34, Nürnberg 6,—, Aalen —55, Ludwigshafen 1000,—, Aue i. Erg. 300,—, Radeberg —25, Bernburg 1400,—, Bremen 1000,—, Goslar 100,—, Trostberg 18,15, Hemmoor 15,80, Stuttgart 1000,—, Reiz 200,—, Mühlberg 12,—, Leisnach 10,—, Pinneberg 300,—, Röhren 3,10, Weiskam —70, Gerbenheim 500,—, Bries 700,—, Jena 500,—, Gotha 300,—, Seitha 200,—, Greifenberg i. B. —65. Schluß: Montag, den 26. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein: Stuttgart 7,90, Röhra 4,60, Mannheim 108,50, Augsburg 1,50, Dessau 56,56, Göttingen 19,—, Gotha 17,15. Verichtigung. In Nr. 4 muß es heißen: Darmstadt 17,30, nicht 67,30.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen: Kammstatt 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, Weiskam 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder.

Angeschlossen an Ludwigshafen haben sich die Zahlstellen Gahlag und Jagelheim.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
358228	Therese Lachner	13. 10. 84	6. 3. 09	München
448489	Heinrich Fuchs	5. 12. 94	7. 12. 10	Harburg
362200	Paul Bornowski	25. 1. 76	28. 3. 09	Nordensham
373389	Oskar Müller	22. 9. 87	27. 10. 09	Dresdau
Karten Nr.				
219603	Hermann Juling	10. 9. 86	1. 1. 12	Braunschweig
182659	Wolfgang Erber	17. 8. 81	1. 6. 11	Harburg
1440	Heinrich Holtorf	8. 6. 91	18. 1. 11	Adm
15621	Bruno Grafer	1. 8. 65	23. 3. 11	Puffelborf
158597	Adam Annusgtes	29. 10. 83	5. 2. 11	Wemel
122724	Johann Nowak	12. 6. 75	8. 1. 11	Deuthen

Wiedergefunden und wieder gültig das Buch: 300796 | Hermann Ulber | 9. 4. 83 | 19. 8. 08 | Hirschberg

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Auerbach i. Vogtland, Johann Meyer, ob. Bahnhofs 82a.
- Bielefeld, Adolph Kamp, Osnebrüder Straße 44.
- Wilhelm Strothmann, Bradwebe, Ummeln 82.
- Reise-Unterstützung bei W. Hannemann, Weberstraße 5, Gerberge, Heeger, Straße 52.
- Bromberg, Franz Lepczinski, Schönborf, Kujawierstr. 2.
- Arthur Rosentz, Klein-Parliser, Thausenstraße 34.
- Goch, Franz van Koll, Weckler Weg 39.
- Mahias Welbers, Feldstraße 63.
- Hagen, Heinrich Stieh, Hofstraße 19a.
- Kröpla, August Bruffod, Pöbner, Orlamünder Straße 105.
- Südenscheld, Albert Peters, Poststraße, 3.
- Rargrün, Karl Kupper, Lichtenberg.
- Geschäftsführer: Heinrich Lang, Nr. 3.
- München-Grabbach, Ernst Hegener, Rheht, Hauptstraße 105.
- Joseph Bachinger, Harterbroicher Straße 52.
- Oberstuhl b. Wehra, Gau 13, August Friede.
- Waldpfaß (Oberpfaß), Gau 9, Hans Hänfling, Steiner Straße 4.
- Wittenberge, August Dörlig, Friedrichstraße 26.
- Karl Rath, Lenzner Straße 42.
- Wurzen, Richard Abicht, Großgall Nr. 28.
- Geschäftsführer: Max Bömer, Bureau: Querstraße 15, part. Geöffnet: 10—1 und 6—7 Uhr.

Inserate.

Zahlstelle Goldig.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Unterstützung, Sonntag vormittags von 8-9 Uhr bei Max Hartung, Seibiger Str. 17a, ausbezahlt wird, das Lotisgefecht höchstens von 6-7 Uhr abends. Die Ortsverwaltung.

Verchiedene Industrien

* **Harburg.** In der Gummiindustrie sind wieder Allordabzüge im Gange. Allen voran steht natürlich die Gummwarenfabrik Harburg-Wien. In der Papierfabrik sind große Absätze erfolgt, teilweise wurden die Allordpreise um die Hälfte herabgesetzt. Die Folge war, daß die Arbeiter nur 12-13 Mk. verdienen haben. Die Arbeiter haben aber 21 Mk. Wochenlohn erhalten; man hat einfach 200 Mk. Vorstoß angefahren. Da mit 21 Mk. Wochenlohn nicht auszukommen ist, wurden sich die Papierfabrik einig, einen Wochenlohn von 30 Mk. zu verlangen. Auf Verhinderung haben sie diesen Lohn für eine Woche erhalten, ob sie die 30 Mk. weiter erhalten, steht dahin. — Auch für die Schlauchfabrik sind Reduzierungen angekündigt. Die Schlauchmacher und Flechter werden ein neues Gebäude beziehen; dort sollen dann technische Verbesserungen angebracht werden. Die Folge der technischen Verbesserungen sind dann wieder Allordreduzierungen. — Es trifft also vollständig ein, was wir bei Besprechung des Geschäftsbereichs der Firma im Herbst geschrieben haben. Die Betriebsleitung versucht, den Verlust durch Lohnreduzierungen wieder einzubringen. Die Gummiarbeiter haben alle Ursache, auf dem Posten zu sein, um alle Allordreduzierungen abzuwehren zu können. Es kann also immer nur wiederholt werden, sorgt für Ausbreitung der Organisation. — Auch bei der Firma Dr. H. Kraum will man billiger bestehen lassen. Da man aber zu „human“ ist, um den Arbeitern die Allorde zu reduzieren, stellt man an die Arbeit jugendliche Arbeiter, die nur die Hälfte oder zwei Drittel der Preise erhalten. Dieses Verfahren hat man in der Schleiferei und Raschpoliererei eingeführt. Auf Verhinderung der Arbeiter wurde erklärt, daß die Konkurrenz die Firma zwingt, billiger zu produzieren. Wenn Arbeiter dadurch arbeitslos werden, sollen sie nach andern Betrieben verlegt werden. In andern Betrieben müssen die Arbeiter sich aber erst die nötige Übung aneignen, und da alles Allordarbeit ist, bedeutet diese Verlegung in andre Werkstätten eine Verminderung des Einkommens. Hoffentlich erkennen nun die Arbeiter den Grund der Situation und sorgen auch hier für Ausbreitung der Organisation.

Streits und Lohnbewegungen.

Sireils und Differenzen bestehen in Nierstleben, Augsburg, Solau (Eben, Hahn), Ludwigshafen (Züngerfabrik), Rembaldenleben, Nürnberg (Zellulose-Industrie), Rendsburg (Kartoffel), Sebel, Worms. Bezug nach dem angeführten Ort ist streng fernzuhalten.

Embed. Streit der Schmelzarbeiter. Im Embeder Wald in Embed lagern am 22. Februar 42 Braucharbeiter die Arbeit nieder. Die Ursache hierzu waren die Lohnherabsetzungen, die in diesem Betriebe zu häufiger Anwendung gekommen sind. Die Arbeiter haben wohl Verständnis über keine Maß, was er verdient und zu erhalten hat. Eine Kommission über die Höhe der Lohnzahlung ist nicht mehr gegeben. Am 14. Tage ist Lohnzahlung und da wird den Arbeitern eine Kleinigkeit in die Hand gedrückt, wobei es nicht zu unzufrieden ist, ob es der Lohn von 27 und 29 Pf. pro Woche, und das bei immer Allordarbeit. Da die Arbeit von der Winterzeit abhängig ist, beträgt der durchschnittliche Wochenlohn ca. 14 Mk. Das ist ein sehr hoher Lohn, nur ein Hungerlohn. Die Arbeiter sind im Kon. Nur durch die Allordarbeit von 30 und 32 Pf. ist es den Arbeitern möglich, sich den großen Not zu erwehren. Die Arbeiter fordern 35 Pf. Stundenlohn und das ist für die zu leistende Menge und anstrengende Arbeit mehr als befriedigend. Der Unternehmer behält sich aber vorbehalten, es will ihn gar nicht einleuchten, daß seine Arbeit in gefährlichen Arbeiter mit einem Ziele führen werden und von ihm nicht getrennt werden; aber er wird sich schon daran finden und begreifen, wenn die Arbeiter handlich bleiben.

Ludwigshafen a. Rh. In der Anglo-Continental-Gummiwerke sind die Arbeiter in der Arbeit gestört. Die Firma sollte vor 5 Jahren 50 Pf. Stundenlohn, den sie im Jahre 1909 auf 45 Pf. reduzierte. Durch zahlreiches Zuzug von Arbeitern gelang es jedoch, den Lohn auf 45 Pf. zu erhöhen. Das hat zu einer Verunsicherung, so daß nur Arbeiter annehmen konnten. Die kompromißlose Arbeit ist Soden und Soltau. Das Arbeiter, die in dem andern Züngerfabrik ausgeführt im Allord werden werden, wobei ein weinlich höherer Lohn als 45 Pf. ergibt sich. Die Firma verweigert sich nun darauf, daß in andern Züngerfabriken der Lohn auf 45 oder 42 Pf. beträgt. Wie aber über den Weg, wie bei einer Arbeiter mehr verdienen: der Gehalt ist in den Züngerfabriken eine unermessliche Höhe, die dem Arbeiter nicht zu tun ist. Die Anglo-Continental-Gummiwerke von dem Arbeiter über die ganze Zeitungen wie in den Züngerfabriken werden aber nur um ein wenig Teil des Lohnes zahlen. Eine Verhandlung mit dem Gewerkschaftsleiter kam nicht zustande, weil keine

Chemische Industrie

Ist Dr. Westhoven ein gewissenhafter Kritiker oder ein leichtfertiger Plagiator?

(Noch ein Kapitel von der Gewissenhaftigkeit chemischer Betriebsärzte.)

Unsere Aufklärungsschrift: „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ hat in weitesten Kreisen Beachtung und vielfach lobende Anerkennung gefunden. Nicht nur aus Deutschland, sondern aus fast allen europäischen und vielen außereuropäischen Ländern sind Bestellungen auf die Schrift eingelaufen. In der Arbeiterpresse sowohl wie auch in bürgerlichen sozialpolitischen und gewerbehygienischen Zeitschriften, ja in ausgesprochenen Unternehmerblättern ist die Schrift ausgiebig und, wenn auch nicht immer zukünftig, so doch meist sachlich und objektiv besprochen worden. Nur den eigentlichen Unternehmernblättern der chemischen Industrie ist die Luft ausgegangen. Nur gelegentlich wird hier und da ein Satz über die „einseitigen Uebertreibungen“ und „irreführenden Darstellungen“ der Schrift eingeflochten. Dabei wird sorgfältig jedes nähere Eingehen auf den Inhalt des Buches vermieden. Denn die positiven Angaben der Schrift sind unüberleglich, und auch die daraus gezogenen Schlüsse haben bisher noch jeder Kritik standgehalten. Es ist also, wenn auch nicht gerade klug oder tapfer, so doch verständlich, daß die verpflichteten Schönfärber des chemischen Kapitals sich und andere mit einigen abgedroschenen Phrasen über die unangenehme Tatsache hinwegtäuschen wollen, daß die Schilderungen in unserm Buche, die nach der „Kölnischen Zeitung“ an „die grausigen Kriegsbilder von Wereschtschagin“ erinnern, nicht nur unüberleglich sind, sondern tatsächlich nur einen Zipfel des Schleierns küssen, mit dem die chemischen Kapitalisten das grenzenlose Elend ihrer Lohnsklaven bedecken.

Ein einziger Versuch, einige Angaben der Schrift sachlich zu widerlegen, ist uns bisher zu Gesicht gekommen. Die „Kölnische Zeitung“ erhielt auf die oben kurz erwähnte Besprechung eine Entgegnung, in der einige Zahlen aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gegen die Broschüre ausgepielt wurden. Wir konnten jedoch sofort nachweisen, daß der Kritiker den Bericht entweder nicht gesehen oder, was wahrscheinlicher ist, nicht verstanden hat. Auch aus den Kreisen der Betriebsärzte erwuchs den chemischen Betrieben zunächst kein Verteidiger, obwohl die „Sozial-Zeitung“ die Erwartung aussprach, daß die Schrift „von den Industriellen sowohl wie von den zu fit andigen Angestellten“ eingehend geprüft werden würde. Unter den zuständigen Angestellten konnten selbstverständlich nur die Betriebsärzte gemeint sein. Es ist auch nicht zu leugnen, daß gerade diese Angestellten ein reichhaltiges Material über die Betriebsgefahren und über die Gewerkekrankheiten sammeln können, wenn sie wollen, und daß sie in erster Linie berufen wären, Mängel und Fehler unserer Schrift zu korrigieren. Aber wochen-, ja monatelang ließ keiner der Herren etwas von sich hören, wenigstens in der Öffentlichkeit nicht; in engerem Kreise ist die Schrift sehr oft Gegenstand eingehender Auseinandersetzungen gewesen.

In den letzten Wochen ist nun aber doch einer der Herren in die Arena gestiegen. In Nr. 2 der „Kundschau des Instituts für Gewerbehygiene“ vom 1. Februar 1912 wird neben andern die Gewerbehygiene behandelnden Werken auch die Schrift unseres Verbandes einer Besprechung gewürdigt. Und zwar unterzieht sich Herr Westhoven, Chefarzt der Badischen Anilin- und Sodafabrik, des größten Betriebes der chemischen Industrie, höchst eigenhändig dieser Aufgabe. Wer nun aber erwartet, der Herr würde auf Grund seiner Erfahrungen eine eingehende Kritik vorbringen, eine sachliche Widerlegung versuchen, irrt sich. Die „Besprechung“ sieht nämlich so aus:

Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Von Schneider.

Verfasser, ein ehemaliger Arbeiter, jetzt Verbandssekretär, hat das reichhaltige Material verarbeitet, das die Gewerkschaften eigentlich für die Dresdner Hygieneausstellung gesammelt hatten. Die Darlegungen sind leider nicht frei von Uebertreibungen und Subjektivitäten und geizen, namentlich dem Laien irrtümliche Vorstellungen von der Gefährlichkeit der chemischen Industrie und von den Erfolgen der sozialen Fürsorge beizubringen.

Einige Kapitel von ausgesprochen agitatorischem Charakter stehen mit dem Thema überhaupt nur in losem Zusammenhang. Man vergleiche hierzu die offizielle Krankenstatistik im Verwaltungsbereich der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für 1910 von Curschmann.

Zu dieser „Kritik“ ließe sich manches sagen. So, daß eine Schrift, die die Mangelhaftigkeit des bisherigen Arbeiterschutzes und die Notwendigkeit weiterer Schutzmaßnahmen begründen will, einfach gar nicht „frei von Subjektivitäten“ sein kann. Man könnte auch um den Nachweis bitten, wo es Kapitel denn eigentlich „mit dem Thema überhaupt nur in losem Zusammenhang“ stehen. Schließlich dürfte man auch einwenden, daß der Hinweis auf die von Curschmann bearbeitete Statistik der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie denkbar unglücklich ist; denn diese „Statistik“ ist ein leichtes, oberflächliches Nachwerk, das mit dem denkbar schärfsten Mißtrauen aufgenommen werden muß. Vor allem aber müßte man seiner Verbunderung darüber Ausdruck geben, daß der Arzt eines chemischen Nebenbetriebes, eines Betriebes überdies, der in der Schrift wiederholt genannt ist, aus dessen Krankenakten wesentliche Belege für die Beweisführung entnommen wurden, gegen dessen Einrichtungen sich viele kritische Bemerkungen der Schrift richten, daß ein solcher Arzt zu dem Inhalt der besprochenen Schrift nichts, aber auch gar nichts zu sagen weiß.

*) Soeben kommt uns die neueste Nummer der „Mitteilungen des Instituts für Gewerbehygiene“ zu Gesicht, in der Regierungsrat Dr. Lehmann den ersten Artikel einer kritischen, aber sachlichen und eingehenden Besprechung der Schrift veröffentlicht. Sobald der Schluß der Besprechung erschienen ist, kommen wir darauf zurück.

Alle diese Einwände könnten wir gegen Dr. Westhoven ins Feld führen. Und noch einige andre mehr. Wir haben das jedoch nicht nötig. Dr. Westhoven hat uns freundlichst der Mühe überhoben, auf seine Ausführungen antworten zu müssen, durch ein Verfahren allerdings, das zugleich seine Besprechung und seine persönliche Gewissenhaftigkeit charakterisiert.

Dr. Westhoven hat nämlich seine Kritik glatt abgeschrieben.

Den Beweis dafür lassen wir sofort folgen, indem wir die am 1. Februar 1912 erschienene Besprechung des Dr. Westhoven und entsprechende Sätze aus einer vom 24. Oktober 1911 datierten Besprechung des bayerischen Gewerbearztes Dr. Koelsch in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ gegenüberstellen.

Dr. Koelsch in der „Münch. Medizinischen Wochenschrift“ vom 24. Oktober 1911:

Verfasser, ein ehemaliger Arbeiter, nunmehr Verbandssekretär, hat das reichhaltige Material verarbeitet, das die Gewerkschaften eigentlich für die Dresdner Hygiene-Ausstellung gesammelt hatten. Die Darlegungen sind leider nicht frei von Uebertreibungen und Subjektivitäten und geizen, namentlich dem Laien irrtümliche Vorstellungen von der Gefährlichkeit der chemischen Industrie und von den Erfolgen der sozialen Fürsorge beizubringen.

Einige Kapitel stehen mit dem Thema überhaupt nur in losem Zusammenhang und tragen ausgesprochen agitatorischen Charakter. Gerade mit Rücksicht auf die sonstigen anerkanntwertigen Darlegungen bleibt diese Ungleichung bedauerlich.

Zu übrigen ist es eine nicht uninteressante Aufgabe, die Daten vorliegender Schrift mit der jüngst erschienenen offiziellen Krankenstatistik der chemischen Industrie zu vergleichen, welche von Curschmann eingehend bearbeitet wurde.

Wir haben die Worte oder Sätze, die Westhoven fortgelassen hat, durch gesperrten Druck hervorgehoben. Schaltet man sie aus, so tritt die Uebereinstimmung der Sätze noch schärfer hervor. Nicht einen einzigen Satz hat Westhoven selbständig produziert, alles hat er einfach abgemalt oder — nachempfunden. Nur die Worte oder Sätze, in denen Dr. Koelsch sich anerkennen und über die Schrift äußerte, hat Westhoven sorgfältig ausgemergelt. Sogar die Bemerkung von Dr. Koelsch, daß die typographische Ausstattung der Broschüre „in jeder Beziehung lobenswert“ sei, hat er unterdrückt. Durch diese gewissenhafte journalistische Broschürensammlung hat Westhoven es denn glücklich fertiggebracht, die sachliche Besprechung von Dr. Koelsch in ein auf die Interessen und den Geschmack der Unternehmer zubereitetes Tendenzragout umzuformen. Eins, zwei, drei — Geschwindigkeit ist keine Hexerei!

Herr Westhoven aber ist nicht nur ein gewissenhafter Betriebsarzt, sondern auch ein gewissenhafter, objektiver Beurteiler gewerbehygienischer Schriften und ein entschiedener Gegner aller „Uebertreibungen und Subjektivitäten“! Und es ist eine leichtfertige, unbewiesene und unbeweisbare Behauptung, wenn böswillige Menschen meinen, auch Herr Westhoven sei ein Produkt der Summe aller auf ihn einwirkenden Verhältnisse, auch Herr Westhoven schlepp die Kugel der Abhängigkeit am Bein und lasse durch die Brille der Voreingenommenheit sein eigenes Urteil trüben. Wenn Herr Dr. Westhoven Buchbesprechungen abschreibt, so zeugt das nicht wider, sondern für ihn. Daß er überhaupt abschreibt, zeugt für seine Vorurteilslosigkeit, daß er so geschickt abschreibt, zeugt für sein Verantwortlichkeitsgefühl, daß er seine Quelle nicht verrät, ist ein Ausfluß seiner Bescheidenheit, daß er aus den zahlreichen vorliegenden Besprechungen eine herausgriff, die sich mit geringer Mühe freieren ließ, beweist seine Unabhängigkeit und Gewissenhaftigkeit. Wer eifrig sucht, wird noch mehr Tugenden des preiswürdigen Mannes entdecken. Und deshalb muß auch die Antwort auf unsere in der Ueberschrift gestellten Frage ganz selbstverständlich lauten: Dr. Westhoven ist ein gewissenhafter Kritiker.

Vom Geschäftsgang in der chemischen Industrie.

Die Welle der Hochkonjunktur, die nun auch andere Gewerbe, namentlich die Montanindustrie erfaßte, hat die chemische Industrie schon seit Anfang des vorigen Jahres auf die Höhe der Prosperität gehoben. Eine eigentliche Krise ist ihr übrigens erspart geblieben. Der allgemeine Rückgang, der vor fünf Jahren einsetzte, zog sie nur etwas durch eine Abschwächung der Preise in Mitleidenschaft. Der Beschäftigungsgrad war immer befriedigend, manchmal sogar recht hübsch. Allerdings, nach dem Vamento über die von den Gewerkschaften „erregten“ hohen Löhne, die angeblich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie arg gefährden sollen, und wobei die Chemieindustriellen zu den launigsten Käufern gehören, könnte man annehmen, von der guten Konjunktur hätten auch die Arbeiter gut profitiert. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Die jetzt vorliegenden Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1910 ergeben, daß in der chemischen Industrie pro Arbeiter (300 geleistete Arbeitstage als einen Arbeiter eingerechnet) bezahlt worden sind: 1907 rund 1123 Mk., im Jahre 1910 bloß 577 Mk. mehr, nämlich 1180 Mk. Das Mehrerlösen macht etwas über 5 Prozent aus. Nun unterliegt es aber keinem Zweifel, daß durch die neuen Handelsverträge im Jahre 1906 wirksam gewordenen höheren Zölle auf Lebensmittel sowie durch die Verteuerung von Kaffee, Tee, Zucker, Tabak, Alkohol, Bündelholz usw., die uns die geringe Lohnreform des schwarz-blauen Blots bescherte, die Lebenshaltung der Arbeiter weit über die Lohnsteigerung hinaus verteuert worden ist. Somit wäre zu konstatieren, daß sich wenigstens noch im Jahre 1910 die Lage der

Arbeiter verschlechtert haben muß. Dagegen erfreute die Unternehmer eine fast fortgesetzte Steigerung der Nachfrage, starrer Absatz und gute Geschäftsergebnisse.

In starkem Maße kommt die Konjunkturen in der chemischen Industrie in den Außenhandelsstatistiken in die Erscheinung. Folgendes Bild gibt Aufschluß von der Entwicklung. Es betrug die Ausfuhr:

	1909	1910	1911	1909	1910	1911
	in 1000 E.-Gr.			in Mill. Mark		
Chemische Erzeugnisse überhaupt	31 285	37 231	40 136	612	696	733
Chemische Grundstoffe, Säuren, Salze	23 288	27 810	29 544	225	272	307
Farben und Farbmwaren	1 822	2 025	2 198	231	246	251
Firnisse, Lade, Rette	43	51	61	5,3	7,5	6,9
Kerker, kosmetische Mittel	102	106	120	22	27	30
Künstliche Düngemittel	5 557	6 647	7 613	27	32	41
Sprengstoffe usw.	161	191	144	40	40	37
Diverse chemische Erzeugnisse	312	401	457	62	71	79

Der gewaltige Aufschwung ist ganz unüberkennbar. Nur bei der Ausfuhr von Firnissen und Lade sowie von Sprengstoffen usw. zeigt sich ein kleiner Rückgang, der aber gegenüber der Gesamtzunahme gar nicht ins Gewicht fällt. Der Wert der Ausfuhr macht die Steigerung von 1910 auf 1911 um 8 Prozent aus, von 1909 auf 1911 aber 28 Prozent. Dem Werte nach beträgt die Steigerung 9 respektive 23 Prozent. Trotzdem hat der Durchschnittspreis pro ausgeführten Doppelzentner das Niveau von 1909 noch nicht wieder erreicht. 1909 betrug dieser 19,60 Mark, 1910 18,64 Mk. und 1911 18,70 Mk. Die Preissteigerung von 1910 auf 1911 ist also recht minimal. Die Einfuhr war einer weniger starken Veränderung unterworfen. Die folgende Zusammenstellung unterrichtet darüber. Es wurden nämlich eingeführt:

	1909	1910	1911	1909	1910	1911
	in 1000 E.-Gr.			in Mill. Mark		
Chemische Erzeugnisse überhaupt	16 093	17 767	18 363	305	334	339
Chemische Grundstoffe, Salze, Säuren	9 891	10 933	10 972	187	205	208
Farben und Farbmwaren	613	722	735	17	19	20
Firnisse, Lade, Rette	24	27	28	3,5	4,5	4,6
Kerker, kosmetische Mittel	405	395	388	39	48	45
Künstliche Düngemittel	4 492	5 169	5 627	24	27	29
Sprengstoffe usw.	7,4	6,8	7,0	6,8	1,3	1,4
Diverse chemische Erzeugnisse	503	514	561	26	28	31

Einen Hauptteil dieser Zunahme absorbieren künstliche Düngemittel. Die Einfuhr der hochwertigen Kerker, kosmetischen Mittel usw. ist sogar zurückgegangen. Eine beträchtliche Wertverminderung wird auch bei der Position Sprengstoffe usw. ausgewiesen. Daraus erklärt es sich, daß die Steigerung dem Werte nach hinter der Mengenzunahme zurückgeblieben ist. Die Einfuhr war der Menge nach im letzten Jahre um 14,4 Prozent größer als 1909, dem Werte nach macht die Steigerung nur 11 Prozent aus. Der Außenhandel spiegelt unverkennbar eine günstige Entwicklung der chemischen Industrie.

Auch das „Reichsarbeitsblatt“ konstatiert, daß die chemische Industrie im verflossenen Jahre gut, zum Teil sehr gut beschäftigt war. Nur einige Zweige, z. B. die Zinkweißherstellung, ließen zu wünschen übrig. Gegen Ende des Jahres nahm auch die Beschäftigung in der Farbenindustrie, wie meist um diese Jahreszeit, etwas ab.

Wie schon bemerkt, hat die Lohnentwicklung mit dem Anstieg nicht gleichen Schritt gehalten. Das ist in mehrfacher Hinsicht ein sozialer Mißstand. Einmal wirkt jede Verschlechterung der Lebenshaltung zurück auf den Gesundheitszustand, weiter ist die Arbeit in der chemischen Industrie ohnehin schon in erhöhtem Maße gesundheitsgefährlich. Hier muß daher eine Einschränkung in der Entlohnung doppelt verhängend folgen. Diese Folgen bedeuten aber auch volkswirtschaftlich einen Verlust. Daher ist aus berechtigtem Eigeninteresse und aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen eine Begabung des Lohnniveaus in der chemischen Industrie dringend geboten.

Weniger Arbeit und weniger Arbeiterlohn.

Wie durch eine Aenderung im Arbeitsprozeß der Gewinn gesteigert werden kann, dafür liefert die Betriebsleitung der chemischen Fabrik von Debrient in Zwickau kürzlich ein Beispiel. Sie führte bei der Bedienung der Calcinerien ein anderes System ein. Bisher waren vier solcher Dejen im Gebrauch, an welchen abwechselnd zur Tag- und Nachtschicht 4 Arbeiter bei einem Stundenlohn von 40 Pf. beschäftigt wurden. Jeder Dien lieferte pro Woche — bei Tag- und Nachtschicht — 3 Chargen, die Charge zu 2 Wagen gerechnet, insgesamt also pro Woche 12 Chargen oder 24 Wagen. Die Betriebsleitung setzte nun einen 5. Dien in Betrieb und beschäftigte die Nachtschicht. Die Dejen werden jetzt von 5 Arbeitern bedient. Jeder Dien liefert jetzt pro Woche 2 Chargen oder 4 Wagen. Dies ergibt pro Woche insgesamt 10 Chargen oder 20 Wagen. Es ergibt sich nun folgendes Rechenexempel: Der Arbeitslohn betrug bei 4 Dejen — bei Tag- und Nachtschicht — in 48 Schichten (a Schicht 4,20 Mk.) insgesamt 201,60 Mk. Der Wagenbleiblohn kostete also 8,40 Mk. Arbeitslohn. Bei 5 Dejen — nur in Nachtschicht — beträgt der Arbeitslohn bei demselben Schichtlohn in 30 Schichten 126 Mk. Hier kostet der Wagenbleiblohn nur noch 6,30 Mk. Arbeitslohn. Es ist also bei dieser Neuerrichtung pro Wagen ein Gewinn von 2,10 Mk. zu verzeichnen. Dies ergibt bei 20 Wagen pro Woche einen Gewinn von 42 Mk. Den stellt die Firma ohne Gewissensbisse in die Tasche, obwohl sie eigentlich der Arbeiter ohne die Mehrleistung und dem größeren Kraftverbrauch entsprechenden Anteil geben müßte. Der Gewinn wird aber noch durch die Ersparnisse an Feuerungsmaterial, Vermeidung, geringerer Abnutzung des Materials usw. wesentlich erhöht. Einen weiteren Gewinn verfuhr die Direktion noch dadurch einzuführen, daß immer abwechselnd 2 Dienarbeiter 3 Tage in der Woche andre Arbeit verrichten sollten, wofür pro Stunde 36 Pf. bezahlt werden. Die Arbeiter waren damit aber nicht einverstanden und die Betriebsleitung sah sich schließlich veranlaßt, auch bei anderer Arbeit die 40 Pf. Stundenlohn zu bezahlen. Doch nicht nur am Arbeitslohn, sondern auch an den zu verabreichenden Naturalien verfuhr die Betriebsleitung so sparsam. Früher wurden täglich ungefähr 22 bis 25 Liter Milch an die Arbeitsschicht verabreicht; jetzt erhalten dieselben nur noch Kaffee mit chemischen Zusätzen vermischt. Hier erlauben wir uns einige Fragen zu stellen. Ist dieser mit andern Substanzen vermischte Kaffee den Arbeitern dienlicher als die Milch, oder tragen die Mehrausgaben für die zu verabreichende Milch die Schuld an der Abänderung? Die Verabreichung von Milch bei Verriichtung bleiblicher Arbeiter ist eine so wichtige Maßnahme zur Verhütung der Bleibvergiftung, daß wir die Maßnahmen der Firma einfach nicht verstehen. Bei dieser Gelegenheit muß auch ein Wort über die ärztlichen Untersuchungen gesprochen werden. Der Kassenarzt — Herr Dr. Vitzberg — untersucht die Arbeiter alle 14 Tage auf ihren Gesundheitszustand. Das geschieht jedoch immer in großer Eile — die Untersuchung der circa 60 Mann starken Belegschaft dauert ungefähr nur 20 bis 30 Minuten. Ein Blick in den Mund — Untersuchung auf Weißraum — genügt dem Arzt, um sich vom Gesundheitszustand des Arbeiters zu überzeugen. Da ist es kein Wunder, daß kurz nach der Untersuchung Arbeiter an Bleibvergiftung erkranken! Was nützt solchen Arbeitern dann die ärztliche Untersuchung? Leider sind sich die Arbeiter der chemischen Fabrik über die Tragweite der Gefahr ihrer Arbeit nicht im Klaren. Der Gedanke an etwa auszustehende, mit ungeheuren Schmerzen verbundene Entzündungen durch Bleibvergiftungen müßte endlich den letzten Arbeiter aus seiner Gleichgültigkeit aufwecken. Auch müßte die nach überstandener Krankheit meist eintretende Arbeitslosigkeit endlich im Arbeiter die Ueberzeugung erwecken, daß die Gesundheitsvorsorge das höchste Gut des Arbeiters ist. Wer dieses Gut täglich so schwer gefährden muß, wie der Arbeiter in der chemischen Industrie, der sollte sich

dafür auch reichlich entschädigen lassen und nicht mit geringem Lohn zu...

Traurige Folgen der Finanzreform.

In der Weller Zündwarenfabrik der Firma Starke u. Co., Fabrikation von sogenannten Schießbüchsen und Sicherheitsbüchsen, hat das Ver...

Gewerbehhygienischer Unterricht in den Fortbildungsschulen.

Die uns bekannt wird, ist einem Teile der gewerblichen Fortbildungsschulen auf Anregung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten ein durch Ver...

Gefährliche Anlagen.

Die Sprengstoff-Attentatsgesellschaft „Carbonid“ in Schleibitz beabsichtigt auf ihrem Grundstücke eine neue Gießerei für die Munitionsabteilung und Vergrößerungen der Verputzungsanlagen herzustellen.

Die Verputzungsarbeiten. Dieser Tage beging ein Direktor in den Farbenfabriken von Bayer u. Co., ein Herr Dr. Schmidt, sein 50jähriges Geschäftsjubiläum.

Papier-Industrie

Ans dem Erzgebirge.

Die herrlich bewaldeten Gebirgskette des Erzgebirges sind der Anziehungspunkt vieler Touristen. Die gewandenen Täler, bis tief hinunter mit Wald bedeckt, werden oft von langgestreckten Dampfschiffen durchzogen.

Die Dampfschiffe befinden den Arbeitsfluß der einen, den Beginn der anderen Schicht. Fast vereinzelt verlassen die Papierproletarier die Betriebe, um zuhause zu gehen.

Hier in diesem Bezirk, wo der Unternehmensführer Stresemann bei der Reichstagswahl 1912 durchsichtig, herrscht noch ziemlich ungesunder Wettbewerb. Die Arbeiter sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnen sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen. Sie sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnen sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen. Sie sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnen sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen. Sie sind in der Unkenntnis der Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen.

Die Behandlung durch den Vorarbeiter Walter und seine Ausdrücke sind alles andere, nur nicht anständig zu nennen.

In der Papierfabrik von Landmann in Lauter herrschen noch mittelalterliche Zustände. Dort wird den Weibern zugemutet, nach beendeter zwölfstündiger Arbeitszeit noch drei bis vier Stunden zu arbeiten.

Der Mangel an genügenden Schutzvorrichtungen ist fast überall notorisch. Ein reiches Feld für die Gewerbeinspektion!

Ihr Papierproletarier des Erzgebirges! Um eure traurige Lage beizubehalten euch gewiß kein Mensch, aber behaupten müßten sie viele eurer Kollegen, daß ihr euch von so vielen „Arbeiterfreunden“ aus der...

Der Krieg und die Papierpreise.

Der nordafrikanische Krieg hat die Auflage der meisten italienischen Blätter ungeheuer vermehrt, so daß sich eine Steigerung des Papierverbrauchs um reichlich das Doppelte ergeben hat.

Nationale Terroristen.

Der Direktor der Papierfabriken in Sakrau bei Breslau, die mit der führenden konservativen „Schlesischen Zeitung“ eng verbunden sind, veranlaßte nach der Wahl die Eltern derjenigen Arbeiter, deren Söhne und andere Angehörige den freien Gewerkschaften angehören, und teilte ihnen mit, daß sie ihre Wohnungen in den Arbeiterwohnhäusern der Fabrik verlassen müssen.

Unfälle.

In der Wiederschn Papierfabrik in Blankenstein a. d. S. verunglückte am 18. Februar der Arbeiter Karl Weigelt. Er stürzte vom Kocherboden hinab auf einen Eisenträger und von da aus geteilt er unter den Köcher.

Stroman.

Ueber die Zustände in der Papierfabrik Alfeld-Grönan laufen noch immer lebhaft Klagen ein. Namentlich über die Behandlung der Arbeiterinnen durch den Direktor Schifferer.

Halle a. d. S.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Kröllwitzer Papierfabrik, die unter dem Vorsitz des Obermillions-Gesellschafter Dr. Lehmann stattfand, wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von neuen Aktien um 150 000 M., also von 1 350 000 M. auf 1 500 000 M. zu erhöhen.

des ersten Halbjahres 1911/12 vor. Er lautet noch befriedigender als in der gleichen Hälfte des Vorjahres! — für die Aktionäre natürlich nur für die Arbeiter lassen die Verhältnisse in beiden Betrieben viel zu wünschen übrig.

Auch in der Ammendorfer Papierfabrik herrschen geradezu trostlose Zustände. Aus den einleitenden Zeilen kann die Arbeitererschaft ersehen, wie sie durch die fortgesetzte Überstunden- und Sonntagsarbeit, für die sie nicht den geringsten Zuschlag bekommt, sondern auf die Gnade und Ungnade ihrer Vorgesetzten angewiesen ist, die ihr eine halbe oder eine viertel Schicht einmal gutschreiben, nur den Aktionären nützen.

Polizei und Gericht.

Seine Schadenserstattung. Vor einiger Zeit berichteten wir über den Einfeld des Inhabers der Duntpapierfabrik Stern u. Co. in Fürth, der den Genossen Koch auf Schadenserstattung verklagte, weil er auf einen Handzettel, durch den die Arbeitererschaft des Betriebes zu einer Versammlung eingeladen wurde, geschrieben hatte: „Herr Kaufmann (der Inhaber der Firma) lehnt die berechtigten Forderungen seiner Arbeiter ab.“

Der Beklagte hätte wohl zur Haftung der Schadenersatzsumme herangezogen werden können, sobald er eine unerlaubte Handlung als Beauftragter des Verbandes begangen hätte.

Die Duntpapierfabrik Stern u. Co. in Fürth, der den Genossen Koch auf Schadenserstattung verklagte, weil er auf einen Handzettel, durch den die Arbeitererschaft des Betriebes zu einer Versammlung eingeladen wurde, geschrieben hatte: „Herr Kaufmann (der Inhaber der Firma) lehnt die berechtigten Forderungen seiner Arbeiter ab.“

Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz.

Zu politischen Vereinen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes will jetzt die Justiz die Gewerkschaften stempeln. Einen Unlaß hierzu glaubt man darin gefunden zu haben, daß in dem verstorbenen Wahlkampfe einzelne Gewerkschaften dem Wahlfonds der Partei Beiträge überwiesen.

Verstörte Terrorismlage.

Gelegentlich des im August v. J. auf dem Zementwerk Grönan bei Nettelben ausgebrochenen Streiks hatte die bürgerliche Presse wieder einmal ein furchtbares Terrorismlage über angebliche Taten der Streikenden angeklungen. Am Streik nicht beteiligte Personen waren eines Abends mit rabiaten Arbeitswilligen in Differenzen geraten und hatten einige Fensterheben der Fabrik eingeworfen.

Eingegangene Schriften.

„In freien Stunden“. Eine Wochenchrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin SW 68. Gegenwärtig erscheint als Hauptroman der berühmte soziale Roman von Emile Zola „Germinal“.